



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24931 - 38  
Fernschreiber 0846890

P/XIII/177 - 8. August 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Nun vor der UNO Aufmarsch zur Propagandaschlacht	53
2 - 3	Antikommunismus allein genügt nicht Die Freiheit steht auf dem Spiel	101
4 - 5	Die Struktur des westdeutschen Handwerks Wachsende Tendenz zum grösseren Betrieb	64
6	Der Glaube an die Atombombe Gibt es eine "christliche" Rüstungspolitik?	45

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

Man vor der UNO

sp - Die heftigen Debatten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vermitteln einen Vorgeschmack davon, was von der Behandlung des Nahost-Konfliktes auf der Tribüne dieses Weltparlamentes zu erwarten ist. Beide Seiten, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion und deren Trabanten, rüsten sich zu einer gewaltigen Propagandaschlacht. Es ist nicht einmal sicher, ob in dieses Rededuell die Regierungschefs von London, Washington und Moskau selbst eingreifen werden; der französische Ministerpräsident de Gaulle wird es bestimmt nicht tun, er bleibt der UNO-Vollversammlung fern. Zu bedauern ist die Absage Nehrus, jenes Mannes, dessen ausgleichende Stimme in dieser Auseinandersetzung bitter nötig wäre. Russen und Amerikaner werden gegenseitig als Ankläger und Gegenankläger auftreten - gewiss geschieht dies vor dem Forum der UNO nicht zum ersten Mal, aber selten war der Hintergrund so düster und so beunruhigend wie diesmal.

Grossbritannien und die Vereinigten Staaten stehen auf nicht allzu festem Boden. Die Hauptwaffe des amerikanischen UNO-Delegierten wird die Beschuldigung der indirekten Aggression sein, ein Lieblingsthemata von Dulles, das in vielen Variationen schon abgewandelt wurde und von dem er hofft, es besitze genügend Durchschlagskraft, um eine Mehrheit der UNO-Staaten zu gewinnen. Aber was ist indirekte Aggression? Es gibt dafür keine völkerrechtlich bindende Definition. Der Streit darüber liess sich bis an das Ende aller Tage führen. Gehört etwa Propaganda, die jede Regierung betreibt, in den Bereich der indirekten Aggression?

Das Weltbild von Dulles neigt zur simplifizierenden Betrachtungsweise. Wenn irgendwo in der Welt für die Vereinigten Staaten Schwierigkeiten und Ungelegenheiten entstehen, wenn ihnen Misstrauen begegnet und verbündete Regierungen gestürzt werden, weil sie nicht mehr die Unterstützung ihrer Völker finden, sieht der amerikanische Aussenminister darin das Ergebnis einer kommunistischen Weltverschwörung. Wie gleicht er doch darin seinen bolschewistischen Gegenspielern, die unter der echten oder vorgetäuschten Furcht leiden, die ganze "bürgerlich-kapitalistische Welt" habe nichts anderes im Sinne, als eines Tages über die Sowjetunion herzufallen. Ein solches Weltbild übersieht die Schattierungen, es führt zur Verkennung der Wirklichkeit und damit zu folgenschweren Fehlentscheidungen. Im Denken eines Dulles hat der arabische Nationalismus als ein eigenständiger Faktor keinen Raum, für ihn ist Nasser eine Figur auf dem sowjetischen Schachbrett. Dass der Marscher am Nil nicht tanzt, wie Washington pfeift, bringt Dulles zur Verzweiflung.

Die Sondersitzung der Vereinten Nationen dürfte kaum der geeignete Rahmen sein, innerhalb dessen sich die Nahost-Krise entwirren lässt. Ein Gutes wird sie allerdings haben: da sich dieser Disput vor den Augen und Ohren der ganzen Welt und im Beisein von Vertretern aus 82 Staaten vollziehen wird, von denen die Mehrzahl weder dem Warschau- noch dem NATO-Pakt angehören, werden Grossbritannien und die Vereinigten Staaten gezwungen sein, zumindest die Grundzüge einer auf lange Sicht berechneten Nahost-Politik zu entwerfen. Bei der zu erwartenden Propagandaschlacht, auch wenn sie zu einer Art Schauprozess entarten sollte, geht es schliesslich doch um die Gewinnung der Sympathien der blockfreien, insbesondere der asiatisch-arabischen Völker. Die führenden Westmächte können es sich einfach nicht leisten, diese Sympathien zu verscherzen und diese Völker völlig an die Seite der Sowjetunion zu treiben. Sie werden allerdings eine peinliche Überprüfung ihrer bisherigen Nahost-Politik vornehmen müssen, um nur das zurückzugewinnen, was sie an Ansehen durch ihre unglückliche Militärintervention in der afro-asiatischen Staatenwelt verloren haben.

### Antikommunismus allein genügt nicht

In der Auseinandersetzung zwischen dem "Westen" und dem "Osten" stehen wir in der Gefahr, alles Geschehen nur noch vom Gesichtspunkt des "Anti-Kommunismus" aus zu beurteilen. Notwendig ist gewiss ein klares und entschiedenes Nein zur totalitären Diktatur des Kremls, zu seiner ruchlosen Politik des Terrors und der Unterdrückung innerhalb seines Machtbereiches, zu seinen Weltoberherrschungsplänen, die er mit raffinierter Friedenspropaganda zu tarnen versteht. Aber diese rein negative Abwehr, so notwendig sie im konkreten Fall auch sein mag, genügt auf die Dauer nicht, soweit wir uns darauf beschränken dürfen, das West-Ost-Problem ausschliesslich vom militärischen Gesichtswinkel aus zu betrachten. Zweifellos imponiert der Regierung Chruschtschow nur die Macht, und insofern hat es durchaus seine Richtigkeit, dass die Westmächte eine einseitige Abrüstung ablehnen und nicht gewillt sind, sich in eine Position der Schwäche hineinmanövrieren zu lassen, die sie einer erpresserischen Politik Moskaus ausliefern würde. Darüber hinaus jedoch muss sich der Westen klar werden, dass die Auseinandersetzung mit dem totalitären Kommunismus sowjetischer Prägung auch ein eminent geistig-politisch-soziales Problem ist und die Entscheidung gegen den Westen fallen wird, wenn er nicht auch auf diesem Boden seine Kräfte bewährt und seine Überlegenheit kundtut. Davon sind wir noch weit entfernt, und das ist vielleicht das Beunruhigendste an dieser ganzen weltweiten Auseinandersetzung.

### Die Furcht vor dem Geist der Freiheit

Um was geht es denn dabei? Um nichts Geringeres als um die Freiheit, um die Freiheit und Menschenwürde, um die Freiheit des Einzelnen und der Völker. Im Kreml hat man zwar Respekt vor der Macht und den starken Detailionen; aber noch grösser ist vielleicht die Furcht vor dem Geist der Freiheit, der sich ja in der Geschichte als die revolutionärste Kraft erwiesen hat. Darum die brutale Niederschlagung der Arbeiteraufstände in Ostdeutschland und Ungarn und darum die ständige Angst der russischen wie aller Diktatoren, die Flamme der Freiheit könnte in den Reihen der eigenen Völker auflodern und ihr Regime hinwegfegen.

Diesen Kampf um die Freiheit gewinnt der Westen nicht, wenn er selber die Freiheit missachtet und verrät, wenn er gleich dem Osten nur noch an die Macht glaubt und nicht mehr an den Geist der Freiheit, oder wenn er gar nicht, unter der Flagge des Antikommunismus eine reaktionäre Interessenspolitik betreiben zu können.

Nicht alles nämlich, was antikommunistisch ist, ist auch demokratisch. Die Freiheit hat auch im Westen durchaus nicht eine unbedingt gesicherte Stätte. Noch ist die Freiheit des Denkens und Glaubens, die Freiheit des Volkes, die Freiheit der Rasse, die Freiheit der Frau, die Freiheit von Not nicht überall verwirklicht. Spanien und Portugal sind keine Demokratien. In Deutschland geistert der Nationalsozialismus in der Verwaltungsbürokratie wie in den Gerichtssälen noch bedenklich herum, und in den politischen Kämpfen zwischen Regierung und Opposition schreckt selbst der Bundeskanzler nicht davor zurück, zu Methoden der schlimmsten Diffamierung zu greifen und die Sozialdemokratie als Hort der Gottlosen, als Partei des Umsturzes und als Wegmacherin des Kommunismus zu verdächtigen. In Frankreich ist ein autoritärer Regierungscasus daran - nicht ohne schwere Schuld der Parteien selbst -, der parlamentarischen Demokratie das Grab zu schaufeln, und hinter ihm warten Faschisten und Generäle ungeduldig darauf, an die Macht zu kommen. In Amerika hat der McCarthyismus lange verheerend ge-

arkt; die Negerfrage ist noch immer ungelöst, und unter der Regierung Eisenhower gewann die Politik der grossen Geschäftsleute einen unheilvollen Einfluss.

#### Schwankende und kurslose Nahost-Politik

Am bedenklichsten aber ist vielleicht für den Westen, zu wissen, dass als Gegenspieler der gerissenen und skrupellosen sowjetischen Machthaber an der Spitze der grössten westlichen Weltmacht ein kranker Mann steht, der weder den physischen und psychischen Anstrengungen seines präsidentalen Amtes gewachsen ist, noch über den politischen Verstand eines Truman und über den geistigen Weitblick eines Roosevelt verfügt. Seine und seines Staatssekretärs schwankende und kurslose Politik hat die heutige Krise im Mittleren Osten mit heraufbeschworen. Glücklicherweise hat man es jetzt so weit gebracht, dass die geschickten Propagandisten der Sowjetunion sich vor der arabischen Welt mit einem Schein vor Recht als Friedensfreunde und "Befreier von der Kolonialherrschaft der westlichen Imperialisten" gebärden können. Das Tragische an dieser Situation ist, dass Amerika tatsächlich selbst den europäischen Kolonialismus nie gebilligt hat. Dessen Ende hat Roosevelt in manchen Gesprächen mit Churchill als eine unvermeidliche Notwendigkeit deutlich vorausgesagt. Es wäre auch unbillig zu übersehen, dass die amerikanische Regierung, sowohl die demokratische wie die republikanische, grosse Hilfsbereitschaft für andere Länder gezeigt hat. Der Marshallplan führte Europa unmittelbar nach dem Krieg aus dem wirtschaftlichen Chaos heraus, und amerikanische Hilfe erhielten auch manche südamerikanische und asiatische Länder. Aber dieser Hilfe fehlte die grosse Konsequenz und Weitzügigkeit. Sie war, vor allem im Mittleren Osten, allzusehr mit eigenen wirtschaftlichen Interessen verflochten und erntete statt der erwarteten Dankbarkeit politischen Unmut, sehr zur Enttäuschung der Spender.

#### Die Aufgabe der Vereinten Nationen

Freiheit und Brot haben einst die europäischen Nationen in hartem und opferreichem Ringen für sich selbst erkämpft. Dem Westen steht die Aufgabe zu, den erwachenden farbigen Völkern nicht nur vorzuleben, dass eine Ordnung in Freiheit und sozialer Sicherheit möglich ist, sondern ehrlich und ohne Eigennutz mitzuhelfen, dass nun auch diesen in jahrhundertelanger Not und Abhängigkeit gehaltenen Völkern politische Freiheit und soziale Sicherheit zuteil wird. Diese weltweite Aufgabe kann nicht Sache einzelner Staaten sein, weder Amerikas noch Russlands, weil sie sogleich diskreditiert und zu einem neuen Instrument der Machtpolitik würde. Die Beseitigung des Hungers, die Hilfe an die wirtschaftlich unterentwickelten Länder, die Überwindung jeglichen Kolonialismus ist heute Aufgabe der Vereinten Nationen. Der UNO sind hierfür in ihren Satzungen die völkerrechtlichen Grundlagen gegeben worden.

Abhängige, koloniale Gebiete sollen zur Selbstregierung und Autonomie geführt und das Wohlergehen ihrer Bevölkerung als "heilige Verpflichtung" anerkannt werden. So steht es in den Satzungen der UNO. Dass der Westen damit ernst macht, die westlichen Staaten in ihrem eigenen Bereich Freiheit und Menschenwürde in allen Lebensbezirken hochhalten und dieser Ordnung von Freiheit und Menschenwürde auch in den bisherigen Kolonialländern zum Durchbruch verhelfen, das ist heute für die westliche Existenz eine dringendere Notwendigkeit als Antikommunismus und Atomwaffen.

Aus: "Volkrecht", Zürich

### Die Struktur des westdeutschen Handwerks

RAP.- Auch im Handwerk geht der Zug zum größeren Betrieb. Das zeigt die Auswertung der Handwerkszählung von 1956 durch das Statistische Bundesamt ("Wirtschaft und Statistik" Heft 6, 10. Jg. NF, Juni 1958). Nur in 250 000 Handwerksbetrieben, einem knappen Drittel der ermittelten 752 000 Betriebe, war der Inhaber allein tätig. In 311 000 Betrieben waren einschließlich des Inhabers zwei bis vier Personen, in weiteren 124 000 Betrieben fünf bis neun Personen tätig. Nur in 31 000 Betrieben waren je 10 bis 19 Arbeitskräfte und in 24 000 Betrieben 20 und mehr beschäftigt. Obwohl hinsichtlich der Zahl der Betriebe in der Minderheit, fallen die größeren Betriebe, gemessen an der Zahl der Beschäftigten, stärker ins Gewicht. Mit der Betriebsgrößenstruktur von 1949 verglichen, läßt sich eine Tendenz zum größeren Betrieb erkennen.

Das Statistische Bundesamt macht darauf aufmerksam, daß die Beschäftigtenzahlen allein noch nicht Aufschluß über die Leistungskraft der Betriebe bzw. der Betriebsgrößen geben; auch die Qualifikation der Beschäftigten und die maschinelle Ausrüstung seien wichtig. Man wird doch annehmen dürfen, daß handwerkliche Arbeitskräfte, maschinelle Ausrüstung und Leistungskraft miteinander korrespondieren. Die angekündigten Ergebnisse nach Umsatzgrößenklassen werden das wohl bestätigen. Man darf jedoch fragen, ob Betriebe mit 50 bis 100 und mehr Beschäftigten in die Handwerksrolle gehören. Von diesen gibt es immerhin 6736 = 0,9 v.H. aller Betriebe mit 642 600 Beschäftigten = 17,7 v.H. aller Beschäftigten.

Das Bau- und Ausbauhandwerk zeigt die oberen Größenklassen stärker besetzt als alle anderen Gruppen; die Gruppe "Bau" dominiert in den obersten Größenklassen. Am meisten zeigt der Straßenbau den großhandwerklichen Betrieb. Auch im Hoch- und Tiefbau sind die oberen Größenklassen überdurchschnittlich verbreitet. Es wird darauf hingewiesen, daß der großhandwerkliche Betrieb in diesen Zweigen vorherrsche, weil viel Bauobjekte nur mit einem entsprechenden Maschinen- und Gerätepark und diesem angemessenen Arbeitskräften bewältigt werden können. Ähnlich ist es im metallverarbeitenden Handwerk, wobei allerdings so hochqualifizierte wie das Uhrmacherhandwerk und so traditionelle, aber auch ver-

altete wie das Schmiedehandwerk ausgenommen werden müssen; in beiden dominiert der Klein- und Kleinstbetrieb.

Wenn im holzverarbeitenden Handwerk das Schwergewicht auf Klein- und Kleinstbetrieb fällt, demsicher auch - das kann jedoch nicht aus der Statistik hervorgehen - deshalb, weil hier die Maschine weit mehr nur verbessertes Werkzeug ist, das in verschiedener Gestalt von einem und demselben Handwerker angewendet wird. In den obengenannten Bereichen erfordert die Maschine meistens Spezialisten zur Bedienung, so daß jede neue Maschinenart die Arbeitskräfte vermehrt. Die Gruppe Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitendes Handwerk hat nach Zahl und Anteil die meisten Kleinbetriebe. Hier sind für das Schwergewicht des Einmannbetriebes (62 v.H. der Betriebe mit 30 v.H. der Beschäftigten) das Schneider- und das Schuhmacherhandwerk maßgebend. (Bekanntlich gehen jedoch diese beiden ehrwürdigen Handwerkszweige stark zurück.) Im Nahrungsmittelhandwerk haben die Kleinbetriebe Übergewicht, jedoch nicht der Einmannbetrieb. Der Hinweis des Bundesamtes, der Ladenverkauf von Back- und Fleischwaren erfordert besondere Arbeitskräfte, weist zugleich auf Ungenauigkeiten hin; echte handwerkliche Arbeitskräfte werden selten verkaufstätig und Verkaufskräfte werden kaum echte handwerkliche Tätigkeiten ausüben.

Für die zwischen 1949 und 1956 ausgeprägte Tendenz zum größeren Betrieb werden u. a. der wirtschaftliche Aufschwung und die weiterentwickelte Produktionstechnik verantwortlich gemacht. Jedoch wird auch darauf hingewiesen, daß 1956 rund 111 000 (Abnahme 13 v. H.) Handwerksbetriebe weniger vorhanden waren als 1949. Darin zeige sich ein Konzentrationsprozeß, der viele Betriebe zum Erliegen gebracht habe, die in erster Linie zu den untersten Größenklassen gehörten. Gerade dieser Zustand verdient, wirtschaftspolitisch beachtet zu werden. Eine konstruktive Handwerkspolitik darf die von der allgemeinen Entwicklung Verworfenen nicht konservieren; sie muß jedoch die Anpassung an das Neue erleichtern.

+ + +

### Der Glaube an die Atombombe

sp - Nicht wenige Briefe, offene und verschlossene, sind von im Gewissen schwer bedrückten Katholiken schon an ihre Bischöfe gerichtet worden. Es ist bisher nicht bekannt geworden, daß auch nur einen dieser Briefe eine Antwort zuteil geworden wäre.

So wird auch der "Offene Brief", den Dr. Nikolaus Koch (Dortmund) neuerdings an die Bischofskonferenz in Fulda gerichtet hat, wohl ohne Antwort bleiben. Es heißt in diesem Brief u.a.:

"Man ist es aber soweit gekommen, daß der Glaube, dem Bolschewismus könne nur mit Gewalt begegnet werden, in Westdeutschland als eine fast ausschließlich christliche, ja katholische Überzeugung erscheint: Die atomare Rüstung Westdeutschlands ist gegen den ernsten Einspruch der anderen großen Parteien von derjenigen Partei beschlossen worden, die sich christlich nennt. Und es gibt Anzeichen dafür, daß vor allem die katholische Kirche die beschlossene atomare Aufrüstung Westdeutschlands deckt. So scheint die Kirche der Tendenz verfallen, die zur atomaren Bewaffnung treibt: dem Glauben an die Atombombe.

Sie scheint dabei nicht einmal die Ferversion des christlichen Glaubens und der Theologie zu empfinden, die hier vor sich gegangen ist. Denn sie sorgt nicht überzeugend genug dafür, daß die seelische und geistige Aushöhlung, die Voraussetzung, Begleiterscheinung und Folge der extremen Rüstungspolitik ist, als die größere Gefahr erkannt und wirksam angegangen wird.!!

Vor Jahren, während des Kölner Katholikentages, ist in einem kleinen Kreis die Frage der unmilitärischen Verteidigung als Alternative zum Rüstungswahnsinn bedacht worden. Es war vorgeschlagen, daß Sachverständige die Möglichkeiten einer gewaltlosen Verteidigung im psychischen, ideologischen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bereich des modernen Krieges prüfen. Aber die Bindung der Kirche an eine starre und auf die Dauer hoffnungslose Rüstungspolitik ist offenbar so stark, daß in ihr nicht einmal mehr für eine solche Prüfung freundlicher Raum bleibt."

Mit dem letzten Satz ist bereits darauf hingewiesen, woran alle Appelle an die Bischöfe scheitern: an "der starren Bindung an eine 'christliche' Rüstungspolitik, wie sie unverrückbar auf dem Programm des politischen Katholizismus steht.

Der Papst selbst, Pius XII., hat in einer Ansprache an die Pax-Christi-Bewegung vom 13. September 1952 diese Bindung als "unfaßbar" bezeichnet mit dem viel zu wenig bekannten Wort:

"Unfaßbar ist es, daß der katholische Klerus nicht sieht - was viele Gläubige mit tiefem Schmerz erfüllt -, wie sehr nämlich die Kirche durch die Verquickung mit kurzlebigen und zeitbedingten Parteiinteressen Schaden leidet."

Der "Glaube an die Atombombe" ist stärker als alle Bedenken, als aller Schmerz der Gläubigen und selbst des Papstes...